

Europaweit:

Volksabstimmung über die Zukunft Europas! Für ein linkes Nein zum EU-Reformvertrag!

Am 13. Dezember 2007 haben die Regierungschefs der Europäischen Union in Lissabon den sog. EU-Reformvertrag unterzeichnet. Die Bundesregierung will den Vertrag ohne öffentliche Debatte schnell ratifizieren und bis Mai 2008 durch den Bundestag absegnen lassen. Unionsparteien, SPD, FDP und Grüne haben bereits ihre Zustimmung versprochen. Die Regierungen aller EU-Länder - mit Ausnahme Irlands - meiden Volksabstimmungen wie der Teufel das Weihwasser. Der Schock des NEIN in Frankreich und in den Niederlanden zur EU-Verfassung sitzt ihnen immer noch in den Knochen. Daher sollen die Bürger diesmal nicht gefragt werden. Dabei werden mit dem EU-Reformvertrag wesentliche Teile der abgelehnten EU-Verfassung in die geltenden EU- und EG-Verträge überführt.

Mit dem EU-Reformvertrag werden die Militarisierung Europas, das neoliberale Wirtschaftsmodell und das Demokratiedefizit festgeschrieben. Das hat gravierenden Einfluss auf die künftigen Existenz-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen.

Die DKP ist der Auffassung, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ihre Zukunft nicht von Regierungen vorschreiben lassen, sondern diese selbst gestalten und über die Entwicklungsrichtung demokratisch entscheiden wollen. Deshalb fordert die DKP eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag).

Die Partei der Europäischen Linken verlangt in allen Ländern der Europäischen Union die Durchführung von Volksabstimmungen über den EU-Reformvertrag und eine breite Debatte über die Zukunft Europas. Die Bevölkerung soll selbst entscheiden!

Unterstützen Sie folgende Erklärung:

Ich fordere:

1. In der Bundesrepublik Deutschland wird eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag) durchgeführt.
2. In Vorbereitung des Referendums sind umfassende, verständliche und aufklärende Information der Bürgerinnen und Bürger über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag) zu sichern.
3. Der Deutsche Bundestag soll die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen.

Name	Vorname	Adresse	Unterschrift

einsenden an

Herausgeber: Parteivorstand der DKP, v.i.S.d.P.: Rolf Priemer, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, E.i.S.